



Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Auskunft: Nicole Borninghoff
Telefon: 02 08 / 4 55 9922
Telefax: 02 08 / 4 55 58 9922
Online:
Nicole.Borninghoff@muelheim-ruhr.de

Februar 2014

Eingliederungshilfe

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
liebe Frau Dr. Merkel,

nicht zweifelnd, sondern darauf vertrauend, dass Sie, Herr Vizekanzler Gabriel, Herr Bundesfinanzminister Dr. Schäuble und die von Ihnen geführte Bundesregierung zu Ihrem Wort stehen, appellieren wir Hauptgemeindebeamten und Kämmerer unseres Aktionsbündnisses von strukturschwachen Städten und Kreisen vorwiegend aus dem Ruhrgebiet und dem Bergischen Land dringend, dass die vielfach angekündigte und im Koalitionsvertrag formulierte Entlastung der Kommunen unbedingt zeitnah realisiert und nicht auf der langen Bank der Ankündigungspolitik geparkt wird.

Dies gilt in besonderen Maße für die Übernahme der bislang von den Kommunen geschulterten Soziallasten und vor allem für die Bundeszusage, die Städte und Gemeinden endlich von den immer weiter gestiegenen Kosten zur Eingliederung behinderter Menschen zu entlasten - unbestritten eine gesamtstaatliche Aufgabe.

Angesichts der enormen Konsolidierungs- und Sparmaßnahmen, die wir in den letzten Jahren vor Ort bereits umgesetzt und bei denen wir die von den Bürgern tolerierte Schmerzgrenze häufig überschritten haben, müssen Sie bitte diese zugesagte Bundeshilfe jetzt auch schnell und effektiv realisieren! Wenn unsere Konsolidierungsbemühungen immer wieder durch die massiven Ausgabensteigerungen im Sozialbereich aufgezehrt werden, kann der Weg aus der kommunalen Schuldenfalle nicht gelingen. Je länger diese Hilfe auf sich warten lässt, umso höher werden die Kassenkredite, die wir zur Aufrechterhaltung der uns größtenteils gesetzlich auferlegten Leistungen schon seit Jahren aufnehmen müssen. Heißt: Bei zeitlicher Verzögerung dieser Bundeshilfe drohen bundesweit kommunale Milliardenverluste - und uns, die strukturschwachen Städte in besonders schwieriger Lage, wird es erneut hart treffen!

Die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Vereinbarung, dass "die Kommunen im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im Umfang von fünf Milliarden Euro jährlich von der Eingliederungshilfe entlastet werden" ist eine klare Aussage. Die finanzielle Situation insbesondere der strukturschwachen Kommunen im Ruhrgebiet und im Bergischen Land macht es erforderlich, dass diese Entlastungswirkung unverzüglich in den Haushalten der Städte und Gemeinden ankommt. Daher erwarten wir, dass die volle Entlastungswirkung über das Bundesteilhabegesetz 2015, spätestens jedoch 2016 wirkt. Dies bedingt, dass jetzt zügig das Gesetzgebungsverfahren auf den Weg gebracht wird.

Die bis dahin zugesagte sofortige Entlastung der Kommunen um bundesweit jährlich eine Milliarde Euro muss unverzüglich bereitgestellt werden, und zwar konkret durch eine entsprechend erhöhte Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (KdU). Deshalb unser Appell an Sie persönlich und ebenso an die Herren Vizekanzler und Bundesfinanzminister, dieser angekündigten Entlastung der Kommunen die erforderliche zeitliche Verbindlichkeit zu geben!

Auf folgende Forderungen benötigen wir dringend konkrete Antworten:

- Die Kommunen müssen mit den fünf Milliarden Euro Bundesmitteln 2015, spätestens 2016 rechnen können!
- Der Bund muss sicherstellen, dass die tatsächliche Entlastung wirklich wie angekündigt fünf Milliarden Euro (in der Startphase) beträgt!
- Es ist unbedingt auf eine quotale Beteiligung des Bundes zu achten, weil fixe Beiträge nicht auf Dauer helfen!
- Das Teilhabegesetz darf nicht zunächst zu Mehrkosten und damit zur Schrumpfung der kommunalen Nettoentlastung führen!
- Es bedarf verbindlicher Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern, damit diese Finanzmittel bei der Verteilung über die Bundesländer ohne Abstriche bei den Kommunen ankommen und in Nordrhein-Westfalen in voller Höhe zur Umlagesenkung der Landschaftsverbände führen!

Damit keine Missverständnisse aufkommen, möchten wir unserem Appell ausdrücklich die einhellige Bewertung unseres parteiübergreifenden Aktionsbündnisses anfügen, dass sowohl die Bundesregierung unter Ihrer Führung als auch die amtierende nordrheinwestfälische Landesregierung bereits kommunalfreundlicher sind und mehr praktische Hilfe für die Städte und Gemeinden geleistet haben als alle anderen Vorgängerregierungen.

Mit freundlichen Grüßen



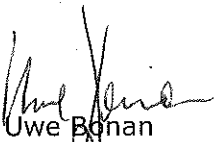
Dagmar Mühlenfeld

Oberbürgermeisterin von Mülheim an der Ruhr



Peter Jung

Oberbürgermeister von Wuppertal



Uwe Bonan

Kämmerer von Mülheim an der Ruhr



Dr. Johannes Slawig

Kämmerer von Wuppertal

als Sprecher des Aktionsbündnisses

im Namen aller Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen, Bürgermeister und Kämmerer der Aktionsbündnis-Städte:

Stadt Bochum	Oberbürgermeisterin Dr. Otilie Scholz Stadtkämmerer Dr. Manfred Busch	Stadt Bottrop	Oberbürgermeister Bernd Tischler Stadtkämmerer Willi Loeven
Stadt Dortmund	Oberbürgermeister Ullrich Sierau Stadtdirektor Jörg Stüdemann	Stadt Duisburg	Oberbürgermeister Sören Link Stadtkämmerer Dr. Peter Langner
Stadt Essen	Oberbürgermeister Reinhard Paß Stadtkämmerer Lars Martin Klieve	Stadt Gelsenkirchen	Oberbürgermeister Frank Baranowski Stadtkämmerer Dr. Georg Lunemann
Stadt Gladbeck	Bürgermeister Ulrich Roland Stadtkämmerer Jürgen Holzmann	Stadt Hagen	Oberbürgermeister Jörg Dehm Stadtkämmerer Christoph Gerbersmann
Stadt Hamm	Oberbürgermeister T. Hunsteger-Petermann Stadtkämmerer Markus Kreuz	Stadt Herne	Oberbürgermeister Horst Schiereck Stadtkämmerer Dr. Hans Werner Klee
Stadt Leverkusen	Oberbürgermeister Reinhard Buchhorn Stadtkämmerer Frank Stein	Stadt Mönchengladbach	Oberbürgermeister Norbert Bude Stadtkämmerer Bernd Kuckels
Stadt Oberhausen	Oberbürgermeister Klaus Wehling Stadtkämmerer Apostolos Tsalastras	Stadt Recklinghausen	Bürgermeister Wolfgang Pantförder Stadtkämmerer Christoph Tesche
Stadt Remscheid	Oberbürgermeisterin Beate Wilding Stadtdirektor Burkhard Mast-Welsz	Stadt Solingen	Oberbürgermeister Norbert Felth Stadtkämmerer Ralf Weeke
Stadt Wesel	Bürgermeisterin Ulrike Westkamp Stadtkämmerer Paul-Georg Fritz	Stadt Witten	Bürgermeisterin Sonja Leidemann Stadtkämmerer Matthias Kleinschmidt

Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“

Um die vor dem finanziellen Aus stehenden Städte vor dem endgültigen Absturz zu bewahren und die Lebensqualität für die Bürger zu sichern, haben sich Städte und Kreise insbesondere aus dem Ruhrgebiet und dem Bergischen Land zu einem Aktionsbündnis "Raus aus den Schulden - Für die Würde unserer Städte" zusammengeschlossen. Um Hilfe zur Selbsthilfe von Land und Bund zu erhalten, werben sie gemeinsam mit einer Reihe von Aktionen um die Unterstützung ihrer Bürger. Dem Aktionsbündnis gehören an: Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hamm, Herne, Leverkusen, Mönchengladbach, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Recklinghausen, Remscheid, Solingen, Wesel, Witten und Wuppertal sowie die Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen, Unna und Wesel. Die Ziele des Bündnisses werden außerdem von den Landräten weiterer Mitglieder der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisches Land e. V. unterstützt: Kreis Mettmann, Rheinisch-Bergischer Kreis, Oberbergischer Kreis.



Herrn Bundesfinanzminister
Dr. Wolfgang Schäuble
Bundesfinanzministerium der Finanzen
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

Auskunft: Nicole Borninghoff
Telefon: 02 08 / 4 55 9922
Telefax: 02 08 / 4 55 58 9922
Online:
Nicole.Borninghoff@muelheim-ruhr.de

Februar 2014

Eingliederungshilfe

Sehr geehrter Herr Bundesfinanzminister,
lieber Herr Dr. Schäuble,

nicht zweifelnd, sondern darauf vertrauend, dass die Bundesregierung zu Ihrem Wort steht, haben wir heute einen Brief an die Frau Bundeskanzlerin geschrieben. Mit diesem weiteren fast wortgleichen Brief auch an Sie persönlich appellieren wir Hauptgemeindebeamten und Kämmerer unseres Aktionsbündnisses von strukturschwachen Städten und Kreisen vorwiegend aus dem Ruhrgebiet und dem Bergischen Land dringend, dass die vielfach angekündigte und im Koalitionsvertrag formulierte Entlastung der Kommunen unbedingt zeitnah realisiert und nicht auf der langen Bank der Ankündigungspolitik geparkt wird.

Dies gilt in besonderen Maße für die Übernahme der bislang von den Kommunen geschulterten Soziallasten und vor allem für die Bundeszusage, die Städte und Gemeinden endlich von den immer weiter gestiegenen Kosten zur Eingliederung behinderter Menschen zu entlasten - unbestritten eine gesamtstaatliche Aufgabe.

Angesichts der enormen Konsolidierungs- und Sparmaßnahmen, die wir in den letzten Jahren vor Ort bereits umgesetzt und bei denen wir die von den Bürgern tolerierte Schmerzgrenze häufig überschritten haben, müssen Sie bitte diese zugesagte Bundeshilfe jetzt auch schnell und effektiv realisieren! Wenn unsere Konsolidierungsbemühungen immer wieder durch die massiven Ausgabensteigerungen im Sozialbereich aufgezehrt werden, kann der Weg aus der kommunalen Schuldenfalle nicht gelingen. Je länger diese Hilfe auf sich warten lässt, umso höher werden die Kassenkredite, die wir zur Aufrechterhaltung der uns größtenteils gesetzlich auferlegten Leistungen schon seit Jahren aufnehmen müssen. Heißt: Bei zeitlicher Verzögerung dieser Bundeshilfe drohen bundesweit kommunale Milliardenverluste - und uns, die strukturschwachen Städte in besonders schwieriger Lage, wird es erneut hart treffen!

Die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Vereinbarung, dass "die Kommunen im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im Umfang von fünf Milliarden Euro jährlich von der Eingliederungshilfe entlastet werden" ist eine klare Aussage. Die finanzielle Situation insbesondere der strukturschwachen Kommunen im Ruhrgebiet und im Bergischen Land macht es erforderlich, dass diese Entlastungswirkung unverzüglich in den Haushalten der Städte und Gemeinden ankommt. Daher erwarten wir, dass die volle Entlastungswirkung über das Bundesteilhabegesetz 2015, spätestens jedoch 2016 wirkt. Dies bedingt, dass jetzt zügig das Gesetzgebungsverfahren auf den Weg gebracht wird.

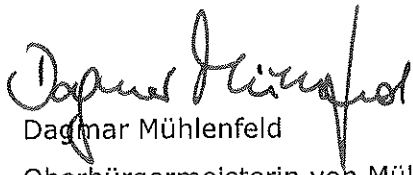
Die bis dahin zugesagte sofortige Entlastung der Kommunen um bundesweit jährlich eine Milliarde Euro muss unverzüglich bereitgestellt werden, und zwar konkret durch eine entsprechend erhöhte Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (KdU). Deshalb unser Appell an Sie persönlich und ebenso an die Herren Vizekanzler und Bundesfinanzminister, dieser angekündigten Entlastung der Kommunen die erforderliche zeitliche Verbindlichkeit zu geben!

Auf folgende Forderungen benötigen wir dringend konkrete Antworten:

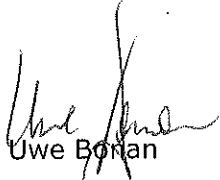
- Die Kommunen müssen mit den fünf Milliarden Euro Bundesmitteln 2015, spätestens 2016 rechnen können!
- Der Bund muss sicherstellen, dass die tatsächliche Entlastung wirklich wie angekündigt fünf Milliarden Euro (in der Startphase) beträgt!
- Es ist unbedingt auf eine quotale Beteiligung des Bundes zu achten, weil fixe Beiträge nicht auf Dauer helfen!
- Das Teilhabegesetz darf nicht zunächst zu Mehrkosten und damit zur Schrumpfung der kommunalen Nettoentlastung führen!
- Es bedarf verbindlicher Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern, damit diese Finanzmittel bei der Verteilung über die Bundesländer ohne Abstriche bei den Kommunen ankommen und in Nordrhein-Westfalen in voller Höhe zur Umlagesenkung der Landschaftsverbände führen!

Damit keine Missverständnisse aufkommen, möchten wir unserem Appell ausdrücklich die einhellige Bewertung unseres parteiübergreifenden Aktionsbündnisses anfügen, dass sowohl die Bundesregierung unter Ihrer Führung als auch die amtierende nordrhein-westfälische Landesregierung bereits kommunalfreundlicher sind und mehr praktische Hilfe für die Städte und Gemeinden geleistet haben als alle anderen Vorgängerregierungen.

Mit freundlichen Grüßen



Dagmar Mühlenfeld
Oberbürgermeisterin von Mülheim an der Ruhr



Uwe Bönan
Kämmerer von Mülheim an der Ruhr



Peter Jung
Oberbürgermeister von Wuppertal



Dr. Johannes Slawig
Kämmerer von Wuppertal

als Sprecher des Aktionsbündnisses

im Namen aller Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen, Bürgermeister und Kämmerer der Aktionsbündnis-Städte:

Stadt Bochum	Oberbürgermeisterin Dr. Ottilie Scholz Stadtkämmerer Dr. Manfred Busch	Stadt Bottrop	Oberbürgermeister Bernd Tischler Stadtkämmerer Willi Loeven
Stadt Dortmund	Oberbürgermeister Ullrich Sierau Stadtdirektor Jörg Stüdemann	Stadt Duisburg	Oberbürgermeister Sören Link Stadtkämmerer Dr. Peter Langner
Stadt Essen	Oberbürgermeister Reinhard Paß Stadtkämmerer Lars Martin Klieve	Stadt Gelsenkirchen	Oberbürgermeister Frank Baranowski Stadtkämmerer Dr. Georg Lunemann
Stadt Gladbeck	Bürgermeister Ulrich Roland Stadtkämmerer Jürgen Holzmann	Stadt Hagen	Oberbürgermeister Jörg Dehm Stadtkämmerer Christoph Gerbersmann
Stadt Hamm	Oberbürgermeister T. Hunsteger-Petermann Stadtkämmerer Markus Kreuz	Stadt Herne	Oberbürgermeister Horst Schiereck Stadtkämmerer Dr. Hans Werner Klee
Stadt Leverkusen	Oberbürgermeister Reinhard Buchhorn Stadtkämmerer Frank Stein	Stadt Mönchengladbach	Oberbürgermeister Norbert Bude Stadtkämmerer Bernd Kuckels
Stadt Oberhausen	Oberbürgermeister Klaus Wehling Stadtkämmerer Apostolos Tsalastras	Stadt Recklinghausen	Bürgermeister Wolfgang Pantförder Stadtkämmerer Christoph Tesche
Stadt Remscheid	Oberbürgermeisterin Beate Wilding Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz	Stadt Solingen	Oberbürgermeister Norbert Felth Stadtkämmerer Ralf Weeke
Stadt Wesel	Bürgermeisterin Ulrike Westkamp Stadtkämmerer Paul-Georg Fritz	Stadt Witten	Bürgermeisterin Sonja Leldemann Stadtkämmerer Matthias Kleinschmidt

Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“

Um die vor dem finanziellen Aus stehenden Städte vor dem endgültigen Absturz zu bewahren und die Lebensqualität für die Bürger zu sichern, haben sich Städte und Kreise insbesondere aus dem Ruhrgebiet und dem Bergischen Land zu einem Aktionsbündnis "Raus aus den Schulden – Für die Würde unserer Städte" zusammengeschlossen. Um Hilfe zur Selbsthilfe von Land und Bund zu erhalten, werben sie gemeinsam mit einer Reihe von Aktionen um die Unterstützung ihrer Bürger. Dem Aktionsbündnis gehören an: Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hamm, Herne, Leverkusen, Mönchengladbach, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Recklinghausen, Remscheid, Solingen, Wesel, Witten und Wuppertal sowie die Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen, Unna und Wesel. Die Ziele des Bündnisses werden außerdem von den Landräten weiterer Mitglieder der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisches Land e. V. unterstützt: Kreis Mettmann, Rheinisch-Bergischer Kreis, Oberbergischer Kreis.



Herrn Vizekanzler und Bundesminister
Sigmar Gabriel
Bundeswirtschaftsministerium
Scharnhorststr. 34-37
10115 Berlin

Auskunft: Nicole Borninghoff
Telefon: 02 08 / 4 55 9922
Telefax: 02 08 / 4 55 58 9922
Online:
Nicole.Borninghoff@muelheim-ruhr.de

Februar 2014

Eingliederungshilfe

Sehr geehrter Herr Vizekanzler,
lieber Herr Minister Gabriel,

nicht zweifelnd, sondern darauf vertrauend, dass die Bundesregierung zu Ihrem Wort steht, haben wir heute einen Brief an die Frau Bundeskanzlerin geschrieben. Mit diesem weiteren fast wortgleichen Brief auch an Sie persönlich appellieren wir Hauptgemeindebeamten und Kämmerer unseres Aktionsbündnisses von strukturschwachen Städten und Kreisen vorwiegend aus dem Ruhrgebiet und dem Bergischen Land dringend, dass die vielfach angekündigte und im Koalitionsvertrag formulierte Entlastung der Kommunen unbedingt zeitnah realisiert und nicht auf der langen Bank der Ankündigungspolitik geparkt wird.

Dies gilt in besonderen Maße für die Übernahme der bislang von den Kommunen geschulterten Soziallasten und vor allem für die Bundeszusage, die Städte und Gemeinden endlich von den immer weiter gestiegenen Kosten zur Eingliederung behinderter Menschen zu entlasten - unbestritten eine gesamtstaatliche Aufgabe.

Angesichts der enormen Konsolidierungs- und Sparmaßnahmen, die wir in den letzten Jahren vor Ort bereits umgesetzt und bei denen wir die von den Bürgern tolerierte Schmerzgrenze häufig überschritten haben, müssen Sie bitte diese zugesagte Bundeshilfe jetzt auch schnell und effektiv realisieren! Wenn unsere Konsolidierungsbemühungen immer wieder durch die massiven Ausgabensteigerungen im Sozialbereich aufgezehrt werden, kann der Weg aus der kommunalen Schuldenfalle nicht gelingen. Je länger diese Hilfe auf sich warten lässt, umso höher werden die Kassenkredite, die wir zur Aufrechterhaltung der uns größtenteils gesetzlich auferlegten Leistungen schon seit Jahren aufnehmen müssen. Heißt: Bei zeitlicher Verzögerung dieser Bundeshilfe drohen bundesweit kommunale Milliardenverluste - und uns, die strukturschwachen Städte in besonders schwieriger Lage, wird es erneut hart treffen!

Die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Vereinbarung, dass "die Kommunen im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im Umfang von fünf Milliarden Euro jährlich von der Eingliederungshilfe entlastet werden" ist eine klare Aussage. Die finanzielle Situation insbesondere der strukturschwachen Kommunen im Ruhrgebiet und im Bergischen Land macht es erforderlich, dass diese Entlastungswirkung unverzüglich in den Haushalten der Städte und Gemeinden ankommt. Daher erwarten wir, dass die volle Entlastungswirkung über das Bundesteilhabegesetz 2015, spätestens jedoch 2016 wirkt. Dies bedingt, dass jetzt zügig das Gesetzgebungsverfahren auf den Weg gebracht wird.

Die bis dahin zugesagte sofortige Entlastung der Kommunen um bundesweit jährlich eine Milliarde Euro muss unverzüglich bereitgestellt werden, und zwar konkret durch eine entsprechend erhöhte Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (KdU). Deshalb unser Appell an Sie persönlich und ebenso an die Herren Vizekanzler und Bundesfinanzminister, dieser angekündigten Entlastung der Kommunen die erforderliche zeitliche Verbindlichkeit zu geben!

Auf folgende Forderungen benötigen wir dringend konkrete Antworten:

- Die Kommunen müssen mit den fünf Milliarden Euro Bundesmitteln 2015, spätestens 2016 rechnen können!
- Der Bund muss sicherstellen, dass die tatsächliche Entlastung wirklich wie angekündigt fünf Milliarden Euro (in der Startphase) beträgt!
- Es ist unbedingt auf eine quotale Beteiligung des Bundes zu achten, weil fixe Beiträge nicht auf Dauer helfen!
- Das Teilhabegesetz darf nicht zunächst zu Mehrkosten und damit zur Schrumpfung der kommunalen Nettoentlastung führen!
- Es bedarf verbindlicher Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern, damit diese Finanzmittel bei der Verteilung über die Bundesländer ohne Abstriche bei den Kommunen ankommen und in Nordrhein-Westfalen in voller Höhe zur Umlagesenkung der Landschaftsverbände führen!

Damit keine Missverständnisse aufkommen, möchten wir unserem Appell ausdrücklich die einhellige Bewertung unseres parteiübergreifenden Aktionsbündnisses anfügen, dass sowohl die Bundesregierung unter Ihrer Führung als auch die amtierende nordrhein-westfälische Landesregierung bereits kommunalfreundlicher sind und mehr praktische Hilfe für die Städte und Gemeinden geleistet haben als alle anderen Vorgängerregierungen.

Mit freundlichen Grüßen



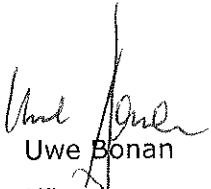
Dagmar Mühlenfeld

Oberbürgermeisterin von Mülheim an der Ruhr



Peter Jung

Oberbürgermeister von Wuppertal



Uwe Bönan

Kämmerer von Mülheim an der Ruhr



Dr. Johannes Slawig

Kämmerer von Wuppertal

als Sprecher des Aktionsbündnisses

im Namen aller Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen, Bürgermeister und Kämmerer der Aktionsbündnis-Städte:

Stadt Bochum	Oberbürgermeisterin Dr. Ottilie Scholz Stadtkämmerer Dr. Manfred Busch	Stadt Bottrop	Oberbürgermeister Bernd Tischler Stadtkämmerer Willi Loeven
Stadt Dortmund	Oberbürgermeister Ullrich Sierau Stadtdirektor Jörg Stüdemann	Stadt Duisburg	Oberbürgermeister Sören Link Stadtkämmerer Dr. Peter Langner
Stadt Essen	Oberbürgermeister Reinhard Paß Stadtkämmerer Lars Martin Killeve	Stadt Gelsenkirchen	Oberbürgermeister Frank Baranowski Stadtkämmerer Dr. Georg Lunemann
Stadt Gladbeck	Bürgermeister Ulrich Roland Stadtkämmerer Jürgen Holzmann	Stadt Hagen	Oberbürgermeister Jörg Dehm Stadtkämmerer Christoph Gerbersmann
Stadt Hamm	Oberbürgermeister T. Hunsteger-Petermann Stadtkämmerer Markus Kreuz	Stadt Herne	Oberbürgermeister Horst Schlereck Stadtkämmerer Dr. Hans Werner Klee
Stadt Leverkusen	Oberbürgermeister Reinhard Buchhorn Stadtkämmerer Frank Stein	Stadt Mönchengladbach	Oberbürgermeister Norbert Bude Stadtkämmerer Bernd Kuckels
Stadt Oberhausen	Oberbürgermeister Klaus Wehling Stadtkämmerer Apostolos Tsalastras	Stadt Recklinghausen	Bürgermeister Wolfgang Pantföhrer Stadtkämmerer Christoph Tesche
Stadt Remscheid	Oberbürgermeisterin Beate Wilding Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz	Stadt Solingen	Oberbürgermeister Norbert Felth Stadtkämmerer Ralf Weeke
Stadt Wesel	Bürgermeisterin Ulrike Westkamp Stadtkämmerer Paul-Georg Fritz	Stadt Witten	Bürgermeisterin Sonja Leidemann Stadtkämmerer Matthias Kleinschmidt

Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“

Um die vor dem finanziellen Aus stehenden Städte vor dem endgültigen Absturz zu bewahren und die Lebensqualität für die Bürger zu sichern, haben sich Städte und Kreise insbesondere aus dem Ruhrgebiet und dem Bergischen Land zu einem Aktionsbündnis "Raus aus den Schulden – Für die Würde unserer Städte" zusammengeschlossen. Um Hilfe zur Selbsthilfe von Land und Bund zu erhalten, werben sie gemeinsam mit einer Reihe von Aktionen um die Unterstützung Ihrer Bürger. Dem Aktionsbündnis gehören an: Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hamm, Herne, Leverkusen, Mönchengladbach, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Recklinghausen, Remscheid, Solingen, Wesel, Witten und Wuppertal sowie die Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen, Unna und Wesel. Die Ziele des Bündnisses werden außerdem von den Landräten weiterer Mitglieder der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisches Land e. V. unterstützt: Kreis Mettmann, Rheinisch-Bergischer Kreis, Oberbergischer Kreis.